

eingegangen, die Fortsetzung der bezüglichen Beratungen sowie der Verhandlung über die übrigen Voranschläge jedoch einer für morgen 2 Uhr in Aussicht genommenen Konferenz vorbehalten.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Budapest, 4. Mai 1893. Franz Joseph.

Nr. 65 *Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 22. April 1893*

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (27. 4.), der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle (5. 5.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (28. 4.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (28. 4.), der k. k. Landesverteidigungsminister FZM. Graf Welsersheimb (o. D.), der k. k. Finanzminister Steinbach (30. 7.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Tisza (30. 4.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (2. 5.), der k. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun, der k. k. Marinegeneralkommissär Fehr.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter v. Khu.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1894.

KZ. 27 – RMRZ. 381

Protokoll des zu Wien am 22. April 1893 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Der Vorsitzende bringt den Voranschlag der Marine zur Beratung.

Gegen die Anforderungen für das Präliminare pro 1894 wird von keiner Seite ein Bedenken erhoben, dagegen wird seitens des kgl. ung. Ministerpräsidenten Wekerle und des k. k. Finanzministers Steinbach der Wunsch ausgesprochen, daß für die Deckung der Beträge von 10 000 fl. und 265 400 fl., welche die Marineverwaltung in der Form von Nachtragskrediten pro 1892 und 1893 anzusprechen beabsichtigt, in anderer Weise Vorsorge getroffen werde, um die Notwendigkeit zu vermeiden, wegen dieser relativ nicht hohen Summe nicht nur an die Delegationen, sondern auch mit besonderen Gesetzesvorlagen an die Legislativen selbst herantreten zu müssen.

Die Konferenz einigt sich mit Zustimmung des k. u. k. Marinekommandanten, von der Einbringung der Nachtragskredite ganz abzusehen, und wird zur Deckung der in Rede stehenden Forderungen nachstehende Modalität akzeptiert.

Der Betrag von 175 000 fl. für Anschaffung von Kohlen und Maschinenbetriebsmaterialien Sr. Majestät Schiffes „Kaiserin Elisabeth“ und der Betrag von 50 000 fl. für den Rammkreuzer „Kaiserin Elisabeth“ werden in der Schlußrechnung des betreffenden Jahres als Überschreitung zu verrechnen und zu begründen sein.

Die zum Ordinarium des Titels VIII ex 1893 angesprochenen Nachtragskredite für Adaptierungen in der Kaserne zu Altofen per 1250 fl. und für Bequartierungsauslagen für vier aus der Kaserne zu Altofen ausquartierte Unteroffiziere des k. u. k. Heeres per 830 fl., zusammen 2080 fl., werden durch Einschränkungen bei Budgetpositionen des Titels VIII im Voranschlage pro 1894 kompensiert werden.

Der pro 1893 angesprochene Nachtragskredit von 38 400 fl. für den Bau einer Epidemiebaracke samt Desinfektions- und Leichengebäude wird ebenso wie der pro 1892 angesprochene Nachtragskredit von 10 000 fl. für die Verstärkung und Rekonstruktion des Scherenkranes im Seearsenale durch neue Budgetpositionen im Extraordinarium des Titels VIII pro 1894 gedeckt werden.

Die durch die Einstellung dieser zwei Budgetpositionen im Extraordinarium des Voranschlages pro 1894 resultierende Mehranforderung von 48 400 fl. wird durch die nachbezeichneten Abstriche im Voranschlage pro 1894 kompensiert werden, u. zw.:

beim Extraordinarium zu Titel VI C, Post 2 „Küstenverteidigungsschiff B“ wird die im vorliegenden Voranschlage eingestellte zweite Rate von 750 000 fl. auf 725 000 fl. vermindert, daher ein Abstrich von	25 000 fl.
--	------------

beim Extraordinarium zu Titel VII B werden statt der im Voranschlage pro 1894 angesprochenen 1000 Stück Gewehre im Betrage von 45 000 fl. nur 500 Gewehre mit dem Betrage von 22 500 fl. angesprochen, daher ein Abstrich von	22 500 fl.
---	------------

beim Extraordinarium zu Titel VIII A, dermalige Post 12 „Vorarbeiten für die Wasserversorgung in Pola erste Rate“ werden statt der im vorliegenden Voranschlage angesprochenen 11 500 fl. nur 10 600 fl. präliminiert werden, daher ein Abstrich von	900 fl.
--	---------

erzielt,	zusammen	48 400 fl.
----------	----------	------------

Der Voranschlag der Marine wird sohin festgestellt

im Ordinarium mit	9 912 680 fl.
im Extraordinarium mit	2 265 000 fl.

Summe:	12 477 680 fl.
--------	----------------

d. i. um 500 000 fl. mehr als im Vorjahre.

Der Vorsitzende geht hierauf zur Beratung des Voranschlages des Ministeriums des Äußern über.

Für das Jahr 1894 würden beansprucht:

Ordentliches Erfordernis per	3 710 300 fl.
Außerordentliches Erfordernis per	46 400 fl.
hievon ab an Bedeckung	116 500 fl.

bleibt Nettoerfordernis	3 640 200 fl.
-------------------------	---------------

Der k. u. k. Minister des Äußern bespricht die Details des Budgets, indem er darauf hinweist, daß ein bedeutender Teil der nicht unerheblichen Mehranforderung per 100 000 fl. zunächst durch die Notwendigkeit, in Amerika neue Konsulate zu gründen, erwachse. Die Kosten hiefür seien nach eingehendem Studium der Lokalverhältnisse und der von anderen Staaten zu gleichen Zwecken aufgewendeten Summen fixiert worden. Eine weitere größere Forderung resultiere durch die Notwendigkeit, das insbesondere durch die Auswanderungs- und Auslieferungsfragen wichtige Generalkonsulat in Hamburg in ein effektives Amt umzugestalten. Die Errichtung neuer Konsulate habe die Mehrsystemisierung von Konsularevenstellen zur notwendigen Konsequenz. Im diplomatischen Dienste seien die größeren Mehrposten für einen Legationssekretär in Kairo und einen Attaché in Washington durch den Umstand gerechtfertigt, daß der diplomatische Agent in Kairo überhaupt gar keinen Stellvertreter bei seiner Entfernung vom Posten habe und auch das Personal der Gesandtschaft in Washington sehr beschränkt sei. Die einzige etwas bedeutendere Mehranforderung für die Zentrale, nämlich die für Bestellung eines Vizedirektors im Haus-, Hof- und Staatsarchive und Systemisierung einer Archivarstelle daselbst, habe den Zweck, der gewünschten Parität für Ungarn in der Archivleitung zu entsprechen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle und der k. k. Finanzminister Steinbach geben dem Wunsche Ausdruck, daß die Mehranforderung für das Ministerium des Äußern pro 1894 teils durch Verschiebung, teils durch Verteilung einiger angesprochener Posten auf das nächste Jahr herabgemindert werde.

Nach Besprechung einzelner eventuell zu einer solchen Verschiebung bzw. Aufteilung geeigneter Posten einigt sich die Konferenz, es dem Minister des Äußern zu überlassen, auf diesem Wege im ganzen einen Abstrich von 20 000 fl. an dem Voranschlage des Ministeriums des Äußern vorzunehmen. Der k. u. k. Minister des Äußern erklärt sich hiezu bereit.

Es wird hierauf das Nettoerfordernis des Reichsfinanzministeriums mit 2 020 032 fl., des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes mit 126 440 fl. ohne weitere Bemerkung angenommen.

Die Fixierung der im Voranschlage pro 1894 einzustellenden Bedeckungspost „Zollgefälle“ wird wie alljährlich den beiderseitigen Finanzministern anheimgestellt.

Nachdem hiemit der Staatsvoranschlag pro 1894 erledigt erscheint, bringt der Vorsitzende noch die Beantwortung der in der vorjährigen Session der Delegation des ungarischen Reichstages gefaßten Resolution über „die Korrespondenz in der Staatssprache“¹ zur Besprechung.

¹ A KÖZÖS ÜGYEK TÁRGYALÁSÁRA kiküldött és 1892. október 4-re Budapestre ÖSSZEHÍVOTT MAGYAR ORSZÁGOS BIZOTTSÁG HATÁROZATAI 4.

Es entspinnt sich über diesen Gegenstand in der Konferenz ein längerer Gedankenaustausch, ohne daß jedoch eine Einigung erzielt würde.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 8. Mai 1893. Franz Joseph.

Nr. 66 *Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 22. Oktober 1893*

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (29. 10.), der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle (8. 11.), der k. k. Handelsminister Marquis Bacquehem (29. 10.), der kgl. ung. Handelsminister v. Lukács (4. 11.), der k. k. Finanzminister Steinbach (30. 10.), in Vertretung des k. k. Ackerbauministers Minister v. Zaleski (24. 10.), der kgl. ung. Ackerbauminister Graf Bethlen (8. 11.), der k. k. Sektionschef im Ministerium des Innern Freiherr v. Erb, der k. u. k. Sektionschef im k. u. k. Ministerium des Äußern Freiherr v. Glanz.

Protokollführer: Generalkonsul v. Kuczynski.

Gegenstand: I. Handelsvertragsverhandlung mit Rußland und mit Rumänien. II. Futterausfuhrverbot. III. Tiroler Getreideaufschlag.

KZ. 61 – RMRZ. 382

Protokoll des zu Wien am 22. Oktober 1893 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

[I.] Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Besprechung der russischen Handelsvertragsverhandlungen, indem er die Dringlichkeit der Beantwortung der seit dem 5. September vorliegenden Note der russischen Regierung hervorhebt. Er weist auf die inzwischen erfolgte Anknüpfung der Verhandlung zwischen Deutschland und Rußland hin sowie darauf, daß es für uns nicht vorteilhaft wäre, dieselbe fortschreiten zu lassen, ohne auch unsererseits die mit letzterem Staate schwebenden Negotiationen zu Ende zu bringen. Die russische Regierung halte zwar ihren Standpunkt bezüglich der Interpretation der Meistbegünstigung aufrecht, erkläre sich aber, wenn man sich österreichisch-ungarischerseits diesem Standpunkte absolut nicht anschließen könnte, zu einer Verständigung auf der Basis bereit, daß beide Teile sich nur ihre gegenwärtigen Konventionaltarife gegenseitig zugestehen und daß künftige Zollermäßigungen auf dieselben erst auf Grund einer neuerlichen Vereinbarung gegen äquivalente Zugeständnisse Anwendung fänden. In Petersburg selbst scheine man zu fühlen, daß dieser Vorschlag für uns nicht annehmbar wäre. Es sei für diesen Fall vertraulich angedeutet worden, daß, wenn man russischerseits auf die Ausdehnung der serbischen Zollbegünstigungen verzichten solle, man, um zu einer Verständigung auf Grund unserer Integration der Meistbegünstigung zu gelangen, folgende Punkte ins Auge fassen würde: